

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 109 (2015)
Heft: 6

Artikel: Die "Ukraine-Krise" ist mehr als eine "Krise"
Autor: Berger, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632208>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die «Ukraine-Krise» ist mehr als eine «Krise». Es herrscht Krieg. Die UNO spricht von mehr als 6000 Toten und über einer Million Flüchtlingen. Der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) geht von 50 000 Toten aus. Und dies in Europa – 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges.

Der Westen beschuldigt Russland, mit der Annexion der Krim das Völkerrecht verletzt und in der Ostukraine einen Bürgerkrieg entfacht zu haben. Moskau rechtfertigt die Annexion als «Wiedereingliederung» der Krim in die Russische Föderation und erinnert an Völkerrechtsbrüche der USA im Nahen Osten, Irak und Lateinamerika. Völkerrechtsbruch einer Grossmacht kann die Völkerrechtsbrüche der anderen Grossmacht nicht rechtfertigen. Darüber sollte Konsens herrschen, ganz besonders in Kleinstaaten. Völkerrecht ist alles, was sie haben.

Völkerrecht selektiv angewendet

Es ist also kein Streit darüber, wer «angefangen» hat. Die Ukraine zeigt vielmehr auf, wie schwach das Völkerrecht ist. Bis heute fehlt ein effektives Internationales Schiedsverfahren bei Streitigkeiten über Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen unter Krisenbedingungen. Anstatt die Prinzipien des Völkerrechts konsequent anzuwenden, handelt auch der Westen selektiv, je nach seinen kurzfristigen Interessen.

In Kosovo hatte das Selbstbestimmungsrecht Vorrang vor Serbiens Recht auf territoriale Integrität. Umgekehrt war die Situation in Georgien. Hier war für den Westen territoriale Integrität wichtiger als das Recht auf Selbstbestimmung von Abchasien. Zugunsten eines stabilen internationalen Systems wäre es wichtig gewesen, wenn sich beide Seiten über die Bedeutung dieser konfliktgeladenen Begriffe einigen könnten.

Diese Ambivalenz hat ihre Wurzeln in den Jahren, als sich der Westen als Sieger des Kalten Krieges erklärt hatte und

Roman Berger

Die «Ukraine-Krise» ist mehr als eine «Krise»

25 Jahre nach dem Fall der Mauer herrscht in Europa wieder Krieg. Wo liegen die Ursachen des Ukraine-Konflikts und wie kann er überwunden werden?

Russland,
die Ukraine und
der Westen

damit Russland in eine Verliererposition drängte. Für Europa und den postsowjetischen Raum gab es nur ein einziges Projekt: Die Nato und die EU nach Osten ausweiten, ohne aber Russland einzubeziehen.

In der im November 1990 verabschiedeten «Charta von Paris» wurde noch versucht, eine gesamteuropäische Friedensordnung aufzubauen. Sie sah vor, der ehemaligen KSZE nun als «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) ausreichend Kompetenzen für die Konfliktvermeidung und -regelung zu verschaffen. Doch dieser Prozess wurde nach dem Ende der Sowjetunion gestoppt. Anstatt eine gesamteuropäische Friedensordnung aufzubauen, reagierte der Westen mit einer Ausweitung der Nato. Russland wurde zunehmend isoliert.

Brückenschlag – Brückenabbruch

Die erste Runde der Nato-Osterweiterung (Polen, Ungarn, Tschechien) erlebte ich als Korrespondent in Moskau. Auch russische Militärs betrachteten damals die Nato nicht als militärische Gefahr. Entscheidend war für mich, wie führende Jelzin-Demokraten, also Freunde des Westens, auf die Osterweiterung der Nato reagierten. Sie warnten, mit diesem Entscheid werde Russland abgehängt und nie mehr die Chance haben, in die zivilisierte Welt aufgenommen zu werden (Die Angst, abgehängt zu werden, Tages-Anzeiger, 5. März 1997). Russlands Demokraten drückten damit ihre Enttäuschung aus, anstatt ins «gemeinsame Haus Europa» (Gorbatschow) aufgenommen, ausgeschlossen zu werden. Im Westen wurde die Nato-Osterweiterung als Brückenschlag verstanden mit dem Ziel, die Ostländer in Europa einzugliedern. Die gleiche Entwicklung empfanden die demokratischen Kräfte in Russland als Brückenabbruch. Diese warnenden Stimmen fanden im Westen aber kein Gehör. Russland war damals schwach und vom Westen abhängig.

«Wir hatten Illusionen»

Die Fehler des Westens in dieser Übergangsphase analysierte der US-amerikanische Diplomat Thomas Graham: «Wir hatten Illusionen», meint Graham, der in den neunziger Jahren auf der US-Botschaft in Moskau stationiert war. «Wir waren zu sehr fokussiert gewesen, die Nato zu retten, anstatt die Nato mit einer zusätzlichen übergeordneten Sicherheitsordnung zu ergänzen mit dem Ziel, Russland einzubeziehen.» Graham, später Berater von Präsident Bush jun., meint heute selbstkritisch: «Wir nahmen an, dass Russland mit uns zusammenarbeiten wird und zwar im Rahmen einer von uns bestimmten Agenda. Wir übersahen, dass auch Russland eigene nationale Interessen hat.»

Tatsache ist: Moskau war der Nato, der EU sowie dem Westen lange freundlich gesonnen. Der eben zum Präsidenten ernannte Wladimir Putin bekannte sich in einem Interview mit der BBC im März 2000 zu Europa: «Russland ist Teil der europäischen Kultur. Ich kann mir mein Land nicht isoliert von Europa vorstellen, das wir oft als ziviliisierte Welt beschreiben. Deshalb ist es hart für mich, die Nato als einen Feind zu bezeichnen... Wir glauben, es ist möglich über eine engere Zusammenarbeit mit der Nato zu sprechen. Aber nur, ich wiederhole, wenn Russland ein gleichwertiger Partner ist.»

Was Putin zum Umdenken bewog

Nach dem Ende des Kalten Krieges behandelte der Westen Russland aber nicht «als gleichwertigen Partner» (Putin). Nur zwei Wochen nachdem die Nato Polen, Tschechien und Ungarn aufgenommen hatte, intervenierten die USA auf dem Balkan ohne Mandat der Uno. In Moskau sah man den Einmarsch der Nato-Truppen in Kosovo sowie die Bombardierung Belgrads nicht als Reaktion auf eine humanitäre Katastrophe (das Töten der ethnischen Albaner in Kosovo), sondern als eine Ausweitung

der Nato auf dem Balkan. «Wann ist Russland an der Reihe?», fragten sich damals viele Russen. Die Intervention der Nato auf dem Balkan bewog Putin, damals Chef des Geheimdienstes FSB, seine Haltung gegenüber dem Westen zu ändern.

Weitere Signale des Westens, Moskau nicht mehr als «gleichberechtigten Partner» zu behandeln: Das Abkommen über Konventionelle Streitkräfte in Europa wurde von den USA nicht ratifiziert. 2002 kündigten die USA den ABM-Vertrag, der 1972 von den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen beschlossen worden war. An der Sicherheitskonferenz in München 2007 platzte Putin der Kragen: «Alle Versuche, uns als gleichberechtigten Partner in die westliche Welt zu integrieren, sind gescheitert. Die Welt ist multipolar geworden und lässt sich nicht mehr nur noch von einer Grossmacht dominieren.»

Strategische Niederlage

Der Kampf um Einfluss spitzte sich in der Ukraine zu, in einem Land, das Russland und der Westen «als gemeinsame Nachbarschaft» betrachteten. Die dramatischen Ereignisse in Kiew im Februar 2014, die zum Sturz und zur verfassungswidrigen Absetzung von Präsident Janukowitsch führten, lösten in Moskau Panik aus. Für einen Grossteil der russischen Bevölkerung war und ist die Ukraine nicht «Ausland». In der russischen Geschichtsschreibung gilt Kiew als «Mutter der russischen Städte». Russen und Ukrainer verstehen sich als slawische Brudervölker. Ausgerechnet an seiner Westflanke, von wo seit je europäische Ideen aber auch Eroberer in seine territorialen Tiefen eindrangen, erleidet Russland mit der politischen und wirtschaftlichen Abnabelung der historisch engverwandten Ukraine eine strategische Niederlage.

Der Machtwechsel in Kiew bedeutete in den Augen des Kreml eine doppelte

Gefahr: Repression der russischen Kultur und Sprache in der Ostukraine. Gleichzeitig musste Moskau mit einer baldigen Nato-Mitgliedschaft der Ukraine rechnen. Putin setzte Einsatzpläne um, die in Moskau gerade für diesen Fall vorbereitet worden waren. Das erklärt auch die blitzartige Annexion der Krim, mit der Putin Kiew zuvorkommen wollte.

In einem Interview Ende Mai 2014 erklärte Putin, wie er mit der Annexion der Krim das schlimmste Szenario zu verhindern versucht habe: «Wo sind die Garantien, dass der Staatsstreich, die zweite farbige Revolution, die in der Ukraine passierte, nicht die Türen für eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine öffnen wird? Niemand hat dieses Problem in den vergangenen zwanzig Jahren mit uns diskutiert. Alles, was wir immer hörten, war die gleiche Antwort wie auf einer zerbrochenen Schallplatte: Jede Nation hat das Recht, das Sicherheitssystem zu bestimmen, in dem es leben will, und das hat nichts mit uns zu tun.»

«... wenn Texas oder Kalifornien die USA verlassen würde»

Der ehemalige US-Diplomat und Russland-Experte Raymond Smith versucht, den LeserInnen in den USA die Ukraine-Krise mit einem Vergleich zu erklären: «Wie würden wir reagieren», so Smith, «wenn Texas oder Kalifornien die Union verlassen und einer von Russland oder China dominierten Militärallianz beitreten sowie ihre wirtschaftlichen Bindungen von den USA lösen und einem Wirtschaftsbündnis angehören würden, von dem wir, die USA, ausgeschlossen wären?» Smith beantwortet die Frage mit der Bemerkung: «Die Geschichte der Beziehungen mit unseren souveränen Nachbarn im Süden gibt klare Antworten auf diese Fragen.» Smith erinnert an die «Monroe-Doktrin», jene Doktrin, welche die USA vor schützten, in ihrem «Hinterhof» immer wieder zum Rechten sehen zu dürfen

(From Da to Nyet, The National Interest, 9. Dezember 2014).

Die Sanktionspolitik der USA und der EU als Strafe nach der Krim-Annexion hat die Abwehrhaltung in Russland verfestigt. Politiker und Publizisten, die vor kurzem noch als Randerscheinungen betrachtet wurden, treten jetzt als Sprecher der öffentlichen Meinung und Vertreter der Regierungsposition auf. Sie benutzen ein ganzes Arsenal von nationalistischen Ansätzen: Sie verweisen auf die «Russische Welt», die «sakrale Bedeutung der Krim». Alexander Dugin, ein Vertreter der eurasischen Ideologie, sagt, Russland sei nicht europäisch und auch nicht asiatisch, sondern «etwas Eigenes». Dugin und andere extreme Nationalisten kritisieren Putin als «Zögerer», weil er nach der Krim nicht in die Ukraine einmarschiert sei.

Nach der Westbegeisterung die Enttäuschung

Bereits vergessen ist die Tatsache, dass nach dem Verschwinden der Sowjetunion und der kommunistischen Ideologie mindestens die russische Bildungselite vom Westen begeistert war. In Russland wimmelte es von westlichen Beratern, die dem Land Marktwirtschaft und Demokratie beibringen wollten. Es kam anders. Russland hat wohl den Kapitalis-

mus vom Westen übernommen, aber nicht sein Verständnis von Demokratie und Menschenrechten. Demokratie und freier Markt wurden Synonym für die in den neunziger Jahren herrschende Kriminalität und Mafia. Schon damals war abzusehen, wie sich die russische Bevölkerung nach einem starken Mann sehnte, der für Stabilität und Ordnung sorgt.

Viele westliche Medien und Politiker-Innen sehen Putin als «Brandstifter» (Der Spiegel, 10. März 2014). Die Sanktionen zielen auf den Kreml-Herrscher sowie seine Entourage, die einen Regimewechsel auslösen sollen. Falsch, sagt Gleb Pawlowski, der langjährige Berater Putins: «Putins Regime kann wohl jederzeit fallen. Wenn es fällt, dann wird das neue Regime eine Kopie des alten sein.» Die westliche Sanktionspolitik übersieht russische Realitäten. Die Mehrheit der Bevölkerung versteht die Sanktionen als Wirtschaftskrieg des Westens mit dem Ziel, Russland zu schwächen.

Das sieht heute auch die neue städtische Mittelschicht so, die 2011 bis 2012 wegen Wahlfälschungen und fehlender Wirtschaftsreformen für ein «Russland ohne Putin» protestiert hatte. Seit der Annexion der Krim steht auch die gebildete und informierte Mittelschicht hinter Putin. Und Putin ist deshalb so populär, weil er den «starken Staat» nicht nur im Inneren garantiert, sondern nach den schwachen Kremlchefs Gorbatjow und Jelzin auch dem Westen erstmals die Stirn bietet.

Das Image eines starken Leaders ist wichtiger als Menschenrechte, Pressefreiheit oder freie Wahlen. Die im Westen kritisierten Gesetze gegen die Homosexuellen oder der erstarkende Nationalismus werden bis weit ins liberale Lager unterstützt. Putin hat nicht den Kontakt mit der Realität verloren (Angela Merkel). Im Gegenteil: Putin versteht es, sich der herrschenden Meinung anzupassen. Die Zustimmung von 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung für Putins

Chappatte in «Le Temps» vom 23.2.2015



Ukraine-Politik erklärt gleichzeitig aber auch seine Angst vor einem möglichen Gesichtsverlust. Deshalb fordern pragmatische Stimmen, der Westen müsse mit ersten Deeskalationsschritten anfangen.

Fatales Entweder-oder

Warum ist es zu einer Zerreissprobe zwischen Kiew und Moskau gekommen? Erinnern wir uns: Putin hatte 2005 den Zusammenbruch der Sowjetunion als die «grösste geopolitische Katastrophe des 20 Jahrhunderts» bezeichnet. Das unterschreibt ein Grossteil der russischen Bevölkerung, weil sie mit dem Untergang der UdSSR ihren Staat verloren hatten.

Mit dem Projekt einer Eurasischen Union will der Kreml einen Teil der früheren Bedeutung der Staatengruppe in der internationalen Politik wieder herstellen. Der erste Schritt auf diesem Weg ist die Zollunion zwischen Russland, Weissrussland und Kasachstan. Die Ukraine war eingeladen worden, sich zu beteiligen. Für Brüssel gab es aber nur ein Entweder-oder. Die Ukraine musste wählen zwischen einer Freihandelszone mit Brüssel und einer Zollunion mit Moskau. Janukowitsch entschied sich für das Angebot aus Moskau, was in Kiew die Protestbewegung des «Euro-Maidan» auslöste.

Eine kluge Russlandstrategie der EU hätte die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Eurasischen Union und der EU anstreben können. «Die EU, die 2012 für sechs Jahrzehnte Aussöhnungspolitik mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, hat in Osteuropa entweder extrem naiv und ohne weitblickende Strategie oder bewusst den Konflikt schürend agiert», meint Heribert Dieter, ein Mitarbeiter der «Stiftung Wissenschaft und Politik», die auch die deutsche Regierung berät (NZZ, 11. März 2014).

Das Assoziierungsabkommen der EU mit Kiew ist mehr als ein Freihan-

delsabkommen. Brüssel fordert eine schrittweise Konvergenz in der Aussen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel, die Ukraine in die europäische Sicherheitszone einzubeziehen. Das fast tausend Seiten umfassende Dokument verstehen nur einige ExpertInnen, eine öffentliche Debatte fand in der Ukraine nicht statt. Mit russischen Augen gelesen ist das Freihandelsabkommen eine Einladung an die Ukraine, über den Hintereingang der EU der Nato beizutreten.

Ukraine – ein weißer Fleck

Die Ukraine wurde als selbständiges Land nicht wahrgenommen, das gilt für die westliche wie die russische Perspektive. Das Grenzland zwischen Ost und West war bestenfalls ein Reservoir für Schwarzarbeiter sowie ein Land von Reaktorkatastrophen und Zwangsprostituierten. Geopolitiker wie der ehemalige Sicherheitsberater von Präsident Carter, Zbiginew Brzezinski, sehen die Ukraine auf einem geopolitischen Schachbrett, auf dem sich entscheide, ob Russland wieder ein Imperium werde. Die Ukraine müsse deshalb in die westliche Einflusszone gezogen werden.

Noch 2009 wickelte die Ukraine rund ein Viertel ihres Aussenhandels mit Russland ab. Gut ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen kamen aus Russland. Aus Moskaus Sicht geriet ein wichtiger Handelspartner und Investitionsstandort ins Visier der EU. Dazu der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen: «Mit Russland wurde schlicht nicht darüber geredet, was die Assoziierung der Ukraine politisch und wirtschaftlich bedeutet.» (www.spiegel.de, 19. Mai 2014)

Wie den Konflikt überwinden ?

Anstatt Putin zu «dämonisieren» (Henry Kissinger), sollte sich Europa Gedanken machen, wie der Konflikt zu überwinden ist.

Priorität hat die interne Stabilisierung der Ukraine. Dafür braucht das

Land eine Regierung, die fähig ist, erstmals seit der Unabhängigkeit 1991 die Ost- und Westukraine in einem dezentralisierten Staat zu vereinen. Entscheidend sind die Rollen der EU und der USA, die in Kiew die weiterhin einflussreichen nationalistischen Strömungen in die Schranken weisen müssen.

Die Nato muss ihren Gipfelbeschluss aus dem Jahr 2008 so korrigieren, dass eine Nato-Aufnahme der Ukraine sowie anderer ex-sowjetischer Länder nicht mehr möglich ist. Nur Versicherungen, eine Aufnahme sowohl in die Nato als auch in die EU sei in den nächsten zwanzig Jahren nicht denkbar, genügen nicht.

Vom Imperium zum Nationalstaat

Ob eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts möglich ist, hängt stark von Moskau ab. Dazu nochmals der geopolitische Kontext: Mit dem Ende der Sowjetunion ist auch das russische Imperium untergegangen. Russland muss ein Nationalstaat werden. Wo aber hört das ehemalige Moskauer Reich auf, und wo beginnt der russische Nationalstaat? Für uns ist die Sowjetunion Geschichte. Aus russischer Sicht ist der Zerfallsprozess immer noch im Gang. Der Ukraine-Konflikt ist ein Ausdruck davon. Der Westen kann nur hoffen, dass in der Debatte über Russlands Grenzen und Identität die pragmatischen Kräfte obsiegen werden. Sie müssen die Unversehrtheit der Ukraine anerkennen und jegliche Unterstützung der Aufständischen beenden.

Die Annexion der Krim sowie die versteckte russische Infiltration in der Ostukraine haben den Westen aufgeschreckt. Putin hat mit seinen Störmanövern nicht nur Völkerrecht verletzt, sondern auch die europäische Sicherheitsordnung aufgekündigt, in der Russland bis heute den ihm angemessenen Platz nicht erhalten hat.

Im Unterschied zu den USA kann sich Europa eine Konfrontation mit Russland nicht leisten. Europa teilt sich

mit Russland den gleichen Kontinent. Die USA sind weit entfernt, und wirtschaftlich steht für sie nicht viel auf dem Spiel. Dennoch warnen nun auch prominente US-amerikanische Stimmen davor, Russland und die USA könnten in einen Krieg «stolpern». Graham Allison (Harvard-Universität) und der gebürtige Russe Dimitri Simes werfen der US-Politik vor, Russlands Sicherheitsinteressen nicht ernst zu nehmen. Sie befürchten, eine Ukraine in der Nato oder nur schon als potenzielles Nato-Mitglied könnte Russland provozieren wie seinerzeit die sowjetischen Raketen auf Kuba die USA (Russia and America, Stumbling to War, The National Interest, 20. April 2015).

Das Ziel einer neuen Sicherheitsordnung hat der einstige Kalte Krieger Ronald Reagan («Imperium des Bösen») mit seiner einfachen Logik so umschrieben: «Wenn wir ein Sicherheitssystem bauen, in dem die andere Seite glaubt, ihre Sicherheit sei bedroht, dann ist das keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn sich die andere Seite auch sicher fühlt.»

Auf den aktuellen Konflikt bezogen: Sicherheit der Ukraine vor Russland und Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland und nicht gegen Russland. Trotz Repression, Hurrapatriotismus und Propagandakrieg gibt es weiterhin ein «anderes Russland». Ein Russland Sacharows, ein Russland der gegen den Ukraine-Krieg protestierenden Soldatenmütter und ein Russland vieler JournalistInnen, die bereit sind, einen hohen Preis für die Pressefreiheit zu zahlen. Der Westen sollte daran denken, nicht nur die Ukraine sondern auch das demokratische Russland zu unterstützen.●

Roman Berger ist Journalist und hat während vieler Jahre für den «Tages-Anzeiger» geschrieben. U.a. war er in Washington und in Moskau stationiert. Er ist Mitglied der Redaktionskommission der Neuen Wege.

roman-berger@bluewin.ch